[VORNAME, NACHNAME]
[STRASSE, HAUSNUMMER]| [PLZ, ORT]
[TELEFON]| [E-MAIL]

[NAME] • [STRASSE] • [PLZ, ORT]

Bundesamt für Familie u. zivilgesellschaftliche Aufgaben
Auguste-Viktoria-Straße 118

14193 Berlin

[ORT], den [DATUM]

Anonymisierungsnummer: [DEINE.]

Widerspruch gegen den Bescheid vom [DATUM]

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich fristgerecht Widerspruch gegen Ihren Bescheid vom [DATUM] ein.

Die Ablehnung meines Antrags halte ich für rechtswidrig.

Begründung:
1. Vertrauensschutz
Zum Zeitpunkt meiner Antragstellung war öffentlich bekanntgegeben worden, dass Erstanträge bis zum **31.08.2025** gestellt werden können. Auf diese öffentliche Bekanntmachung durfte ich als Bürgerin bzw. Bürger vertrauen.

Erst nach meiner Antragstellung wurde mitgeteilt, dass Erstanträge rückwirkend nur noch bis zum **19.03.2025** berücksichtigt werden sollen. Ich hatte keinerlei Möglichkeit, diese nachträgliche Änderung vorherzusehen oder mein Verhalten entsprechend anzupassen.

Eine rückwirkende Verkürzung einer zuvor öffentlich kommunizierten Antragsfrist greift in mein berechtigtes Vertrauen ein. Ich durfte darauf vertrauen, dass die vom Bund selbst veröffentlichte Antragsfrist gilt.

2. Keine Verantwortung der Antragstellenden für die Haushaltsplanung
Die Begründung des Bescheides stützt sich ausschließlich darauf, dass die vorhandenen Haushaltsmittel aufgrund der hohen Zahl eingegangener Anträge nicht ausgereicht hätten.
Die Planung und Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel liegt jedoch ausschließlich im Verantwortungsbereich des Bundes. Antragstellende dürfen aus einer unzureichenden Haushaltsplanung oder einer unerwartet hohen Zahl von Anträgen keine rechtlichen Nachteile erleiden. Insbesondere war aufgrund der öffentlichen Bekanntgabe der verlängerten Antragsfrist vorhersehbar, dass zahlreiche Betroffene ihren Mut zusammennehmen und ihre Anträge innerhalb dieses Zeitraums stellen würden.

3. Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (Art. 3 Abs. 1 GG)
Der allgemeine Gleichheitssatz verpflichtet die Verwaltung, vergleichbare Sachverhalte gleich zu behandeln. Ich bitte daher um Darlegung, nach welchen objektiven Kriterien entschieden wurde, welche Anträge trotz der Haushaltslage noch bewilligt wurden, weshalb gerade mein Antrag hiervon ausgeschlossen wurde.

[VORNAME, NACHNAME]
[STRASSE, HAUSNUMMER]| [PLZ, ORT]
[TELEFON]| [E-MAIL]

Ohne nachvollziehbare Auswahlkriterien besteht die Gefahr einer gegen Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz verstoßenden Ungleichbehandlung.

4. Ermessensfehler
Leistungen nach § 53 Bundeshaushaltsordnung sind Billigkeitsleistungen.
Auch bei Billigkeitsleistungen besteht die Verpflichtung, das gesetzlich eröffnete Ermessen ordnungsgemäß auszuüben.

Dem Bescheid lässt sich jedoch nicht entnehmen, ob überhaupt eine individuelle Ermessensentscheidung getroffen wurde, welche Gesichtspunkte berücksichtigt wurden, oder weshalb mein Einzelfall keine Berücksichtigung finden konnte.

Der Bescheid erschöpft sich vielmehr in einem pauschalen Hinweis auf fehlende Haushaltsmittel.
Dies genügt den Anforderungen an eine nachvollziehbare Ermessensentscheidung nicht.

5. Rückwirkende Änderung der Verwaltungspraxis
Die Entscheidung beruht auf einer nachträglich eingeführten Verwaltungspraxis, nach der Erstanträge mit Eingang ab dem **19.03.2025** nicht mehr bewilligt werden. Diese Änderung erfolgte erst nach öffentlicher Bekanntgabe einer späteren Antragsfrist bis zum **31.08.2025**.
Eine solche rückwirkende Änderung belastet ausschließlich die Antragstellenden, obwohl diese ihr Verhalten an der zuvor veröffentlichten Verwaltungspraxis ausgerichtet haben.
Dies begegnet erheblichen rechtlichen Bedenken im Hinblick auf den Grundsatz des Vertrauensschutzes und das Rechtsstaatsprinzip nach Art. 20 Abs. 3 GG.

6. Bitte um erneute Entscheidung
Ich beantrage daher, den Bescheid aufzuheben, meinen Antrag unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte erneut zu prüfen, sowie eine ermessensfehlerfreie Entscheidung zu treffen.

Hilfsweise beantrage ich Akteneinsicht nach § 29 Verwaltungsverfahrensgesetz, insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsgrundlagen, der Reihenfolge der Bewilligungen, der Auswahlkriterien, sowie der Mittelverteilung.

Mit freundlichen Grüßen

_____
[DEIN NAME]